

Antrag

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Keine Kollektivstrafen für das britische Volk: Hamburg muss sich auch nach dem Brexit für gute Beziehungen zum Vereinigten Königreich einsetzen!

Die Aggressivität, mit der die Europäische Union gegenüber dem Vereinigten Königreich seit dem Brexit auftritt, nimmt stetig zu. Bereits im Januar, kaum einen Monat nach dem Ende des Übergangszeitraums, zeigte Brüssel seine hässliche Fratze: Die EU drohte unverhohlen damit, Maßnahmen gemäß Artikel 16 des Nordirland-Protokolls gegen das Vereinigte Königreich zu ergreifen, weil es unzufrieden mit den Impfstofflieferungen des britisch-schwedischen Pharmaunternehmens AstraZeneca war. Dabei laufen Maßnahmen nach Artikel 16 im Ergebnis auf eine harte Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland hinaus. Die EU hatte scheinbar zeitweilig vergessen, dass infolge des Nordirlandkonflikts die Britischen Inseln über Jahrzehnte von Terroristen heimgesucht wurden und mehr als 3.500 Menschen getötet wurden. Dies hat einen derart heftigen Aufschrei in Irland, Großbritannien und auch auf dem Kontinent produziert, dass die EU mittlerweile zurückgerudert ist.

Die Artikel-16-Affäre demonstriert trotzdem, dass die EU eine feindselige Politik gegenüber dem Vereinigten Königreich verfolgt, um den Brexit mit allen Mitteln scheitern zu lassen und das britische Volk für das Ergebnis des EU-Austrittsreferendums einer historischen Bestrafung zu unterziehen. Zu groß ist in Brüssel und bei EU-Fanatikern die Sorge, dass der Brexit zu einem Erfolg werden könnte und andere Staaten sich ebenfalls von der EU trennen könnten, wenn sie erkennen, dass es keiner politischen Union bedarf, damit souveräne Staaten dort zusammenarbeiten können, wo gemeinsame Interessen bestehen.

Gerade das rasante Tempo, mit der die konservative Regierung Boris Johnsons die Impfungen gegen das Coronavirus forciert und hier einen gewaltigen Vorsprung gegenüber der EU aufgebaut hat, wird von Befürwortern der Europäischen Union als direkter Angriff auf die Legitimität der EU aufgefasst. Denn das Argument, dass der Multilateralismus in Form einer immer engeren politischen Union zwischen den Nationalstaaten Europas die überlegene Organisationsform im 21. Jahrhundert sei, wird durch die Desorganisation der EU bei der Impfstoffbeschaffung gerade widerlegt.

Deshalb überrascht es auch nicht, dass die EU wie wild um sich schlagend versucht, von den eigenen Verfehlungen durch das Nähren eines äußeren Feindbildes abzulenken: Bis Ende März hat die EU eine Ausfuhrgenehmigungspflicht für Corona-Impfstoffe erlassen und hierbei Ausnahmeregelungen für befreundete Staaten wie die Schweiz, Israel und die Ukraine vorgesehen – aber nicht für Großbritannien.

Fast 10 Prozent der Hamburger Exporte gehen in das Vereinigte Königreich. Hamburg und Großbritannien verbindet eine jahrhundertlange Tradition des Handels und des kulturellen Austausches. Wenn unsere britischen Freunde von der EU angegriffen werden, darf Hamburg nicht schweigen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

- I. Die Bürgerschaft missbilligt die Ankündigung der Europäischen Union, mit Berufung auf Artikel 16 des Nordirland-Protokolls Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine harte Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland hinausliefen. Die Bürgerschaft erinnert an die historische Verantwortung der europäischen Völker, friedensstiftend im Hinblick auf den Nordirlandkonflikt zu wirken und begrüßt, dass die Europäische Union von einer Vorgehensweise nach Artikel 16 mittlerweile Abstand genommen hat. Die Bürgerschaft appelliert an die Institutionen der Europäischen Union, auch in Zukunft von Artikel 16 des Nordirland-Protokolls keinen Gebrauch zu machen.
- II. **Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,**
 1. über den Bundesrat oder über den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates eine Erklärung von der Bundesregierung zu verlangen, wie es zu den jüngsten unfreundlichen Akten der Europäischen Union gegenüber dem Vereinigten Königreich kommen konnte,
 2. zu bekräftigen, dass es im Interesse Hamburgs liegt, das freundschaftliche und kooperative Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich nicht zu gefährden, und entsprechend auf die Bundesregierung einzuwirken, um weitere Zwischenfälle in den Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union auszuschließen,
 3. seine Europapolitik an dem Grundsatz freundschaftlicher und kooperativer Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich auszurichten und sich von allen Bestrebungen zu distanzieren, die auf eine Bestrafung des Vereinigten Königreichs für seine souveräne Entscheidung, aus der Europäischen Union auszutreten, hinausliefen,
 4. der Bürgerschaft über seine entsprechenden Bemühungen bis zum 31. März 2021 zu berichten.